

## LESERBRIEFE

## Ein teures und gefährliches Experiment

Diese Woche hat der Bundesrat über die Vollgeldinitiative informiert und sie richtigerweise abgelehnt. Bei der Initiative handelt es sich um ein Hochrisikoexperiment. Um eine Vorlage, die nicht nur Gewerbe und Privathaushalte teuer zu stehen kommt – sondern auch die Unabhängigkeit der Nationalbank aufs Spiel setzt.

Glaut man den Initianten, wären wir dank der Initiative für immer gegen Krisen und Bankenpleiten geschützt. Mit Verlaub: Das ist schlicht und einfach naiv. Erwähnt wurde weiter, dass die Initiative plötzliche Bankenstürme, sogenannte Bank-Runs, verhindern könnte. Fakt ist aber: Einen Bank-Run hat es in der Schweiz selbst während der Finanzkrise 2008 nicht gegeben.

Kommt hinzu, dass dank der Einlagen-sicherung Ersparnisse bis 100 000 Franken gesetzlich gesichert sind. Der Normalbürger ist also bereits heute auf der sicheren Seite.

Die Nachteile der Vollgeldinitiative überwiegen stark: So drohen bei einer Annahme der Vollgeldinitiative den Arbeitnehmenden und Rentnern Kaufkraftverluste. Absehbar wären zudem steigende Transaktionskosten für jede Bankzahlung und höhere Kontogebühren. Den Preis dafür zahlen KMU und Privathaushalte. Nur mit einem Nein am 10. Juni können wir dies verhindern.

Lucas Zurkirchen, Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz (IHZ)



Ruth Aregger aus Luzern (links), neue Präsidentin des SGF Zentralschweiz, und ihre Vorgängerin Barbara Gysi-Sidler aus Meggen.



Beatrice Widmer aus Wikon nimmt neu im Vorstand des SGF Einsitz. Fotos boa

## Ruth Aregger neue Präsidentin

**FRAUENVEREIN** Der Gemeinnützige Frauenverein SGF Zentralschweiz hat eine neue Präsidentin. Ruth Aregger tritt die Nachfolge von Barbara Gysi an. Die scheidende Präsidentin wurde an der GV vom Donnerstag mit Standing Ovations verabschiedet.

Acht Jahre lang hat Barbara Gysi-Sidler den SGF Zentralschweiz mit seinen 18 Sektionen und über 9000 Mitgliedern geleitet. Und das erfolgreich. Das zeigte sich bei ihrer Verabschiedung an der 130. GV in der Swissporarena, Luzern.

Vorstandskolleginnen und Sektionspräsidentinnen beschenkten die scheidende Präsidentin mit berührenden Dankeskarten. Barbara Gysi habe den Verein mit Weitsicht und Kompetenz geführt, sie sei eine professionelle und unermüdete Schafferin gewesen, bestens vernetzt, kommunikativ, kollegial, anpackend, fair. Barbara Gysi tritt aufgrund der Amtszeitbeschränkung nach acht Jahren ab. «Doch ich gehe mit gutem Gefühl, weil wir eine kompetente Nachfolgerin gefunden haben.»

**Präsidentin mit Ideen**

Zur Wahl stellte sich Ruth Aregger (51), welche bereits seit zwei Jahren im Vorstand des SGF Zentralschweiz mitarbeitet. Die gebürtige Buttisholzerin lebt in Luzern, sie ist Rechtsanwältin und arbeitet als selbständige Unternehmensberaterin und Coach. Ihre berufliche Erfahrung in Veränderungsprozessen komme ihr bei der neuen Aufgabe zugute, sagte sie. Warum engagiert sie sich für den SGF? Durch Zufall sei sie ins Vorstandsgremium gerutscht, ohne dass sie die anderen Frauen gekannt habe. «Doch es ist ein super Team und hier wird einfach tolle Arbeit geleistet. Das ist meine Motivation.» Und die

neue Präsidentin hat bereits Ideen. Sie freue sich, neue Projekte in Angriff zu nehmen, beispielsweise die Vereinsfinanzen langfristig auf eine solide Basis zu stellen oder die Form der jährlichen GV zu überdenken.

**Neues Vorstandsmitglied aus Wikon**

Durch den Rücktritt von Barbara Gysi war ein Vorstandssitz neu zu besetzen. Charlotte Wälti, welche in den letzten zwei Jahren als sogenanntes Turnusmitglied amtierte, also als Vertreterin der Sektionen, wird neu ordentliches Vorstandsmitglied. Die Funktion des Turnusmitglieds wird in den nächsten zwei Jahren von Beatrice Widmer aus Wikon ausgeübt. Die restlichen Vorstandsfrauen stellen sich für vier weitere Jahre zur Verfügung: Elsbeth Amrein-Bringolf, Malter (Vizepräsidentin), Marianne Pfenniger-Schorno, Goldau (Öffentlichkeitsarbeit) und Brigitte Wyss-Lütolf, Willisau (Finanzen). Alle wurden einstimmig und mit Applaus gewählt.

**Budget 2018 mit Defizit**

Diskussionslos genehmigten die Stimmberechtigten die Rechnung 2017. Sie schliesst mit einem kleinen Gewinn. Das Budget 2018 sieht jedoch ein Defizit vor. Bis anhin zahlen die lokalen Sektionen oder Einzelmitglieder keinen Sockelbeitrag an den SGF Zentralschweiz. Der Vorstand will diese Praxis im Rahmen eines Präsidentintreffens zur Diskussion stellen, da das Vereinsvermögen stets leicht abnimmt. Für das laufende Jahr wird jedoch nichts geändert. Der Antrag des Vorstands, für 2018 noch keinen Mitgliederbeitrag zu erheben, wurde angenommen.

**SGF - Super Gute Frauen**

Aufgrund der speziellen GV mit Präsidentinnenwechsel gab es gleich mehrere Gruss- und Dankesworte. Sogar Béatrice Bürgin, Präsidentin des Dach-

verbands, war nach Luzern gereist. Sie betonte die Bedeutung der Frauenvereine, welche schon früher viele Pionierprojekte gestartet hätten, die später von der öffentlichen Hand übernommen wurden. Béatrice Bürgin überreichte der scheidenden Präsidentin eine silbrige SGF-Nadel für besondere Verdienste. Als Präsident von Benevol, der Dachorganisation für Freiwilligenarbeit, überbrachte der Luzerner Kantonsrat Charly Freitag Grüsse an die Frauen. «Heute engagieren sich 20 bis 25 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer freiwillig. Umfragen haben ergeben, dass sich doppelt so viele die Zeit dafür nehmen würden», so Charly Freitag. Es gehe also darum, herauszufinden, wie man diese Menschen mit den passenden Aufgaben zusammenbringen könne. Daniel Wicki als Vertreter des Kantons Luzern überbrachte die Grussworte von Regierungspräsident Guido Graf. Und er fand: «Ihr seid wirklich SGF - Super Gute Frauen». boa

## SGF Zentralschweiz

Der Gemeinnützige Frauenverein Zentralschweiz wurde 1888 gegründet. Einerseits arbeiteten die Frauen praktisch. Sie boten Koch-, Bügel-, Flick-, Samariter- oder Gartenkurse an. Andererseits war die Tätigkeit des SGF schon immer hochpolitisch. So setzten sich die Frauen beispielsweise für die Einführung einer weiblichen Fortbildungsschule ein. 1935 wurde die Haushaltlehre institutionalisiert. Heute hat der SGF Zentralschweiz 18 Sektionen und über 9000 Mitglieder. Der Kantonalverband setzt sich für gemeinsame Anliegen, Gedankenaustausch und gegenseitige Unterstützung ein. pd

## Neue Chance für die CVP

Ich bin froh, dass sich innerhalb der CVP Schweiz etwas Tapferes tut: Ich sehe in der Gründung der «Christlich-sozialen Vereinigung der Schweiz» eine Wende zum Erfolg. Seit Jahren fehlte der CVP der soziale Flügel, sodass zahlreiche Stammwähler der Partei den Rücken kehrten. Weil in der jüngsten Vergangenheit die CVP sich vorwiegend den Interessen der Landwirtschaft und dem Gewerbe widmete, fühlten sich immer mehr Arbeitnehmer vernachlässigt und wandten sich anderen Parteien zu oder blieben fortan enttäuscht den Urnen fern. Dies führte dazu, dass die CVP nach «rechts» rutschte und dabei grosse Verluste erlitt. Dies umso mehr, als die Gewerbe- und Bauernverbände zunehmend

von «bürgerlichen Kräften» dominiert wurden und sich vermehrt der Politik zuwandten.

Mit der Erstarkung des christlich-sozialen Flügels innerhalb der CVP findet sie zur «Partei der Mitte» zurück, wie sie dies in den Jahren vor 2000 erfolgreich getan hat. Entscheidend wird wohl sein, ob sich die «neugeborene Tochter» innerhalb der CVP wohl fühlt und die CVP inskünftig nicht nach rechts oder links schiebt, sondern nach vorne. Da in unserem Land die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, sehe ich für die CVP genügend Handlungsbedarf.

Adolf Fuchs, Luzern

## SVP für Bypass und Spange Nord

**VERKEHRSPOLITIK** Die SVP des Kantons Luzern befürwortet die Realisierung des Bypass der Spange-Nord. Damit werde die Stadt Luzern deutlich vom Durchgangsverkehr entlastet und der Verkehr fliesse auf direktem Weg auf die Autobahn. Die meisten Stadtbewohner profitieren nach Meinung der SVP deutlich von den verkehrstechnischen Verbesserungen. Die SVP-Kantonsratsfraktion werde dem Planungskredit von 6,5 Mio. Franken mit grosser Mehrheit zustimmen, heisst es in der

Medienmitteilung. Die SVP sei ebenfalls der Meinung, dass ein möglichst «stadtverträgliches Projekt» umgesetzt werden soll. Auf der anderen Seite stünden weniger die Kosten im Mittelpunkt, sondern die bau- und verkehrstechnische Realisierbarkeit. Die SVP bedauert in diesem Zusammenhang «die bisher sehr destruktive Haltung des Luzerner Stadtrates», welcher die Spange Nord unter keinen Umständen realisieren will und bis heute keine zielführenden Vorschläge ins Feld führte». pd/wb

## BRIEF

## aus dem Nationalrat



Albert Vitali  
FDP, Oberkirch

Die Rechnung des Bundes schliesst mit einem Ertragsüberschuss von rund 2,8 Milliarden Franken erfreulich ab. Der Erfolg wäre noch höher, wenn der Bundesrat nicht Rückstellungen von 2

## Von grossen und kleinen Dilemmas

Milliarden Franken getätigt hätte. Diese waren nötig, weil viele Unternehmen wegen den Negativzinsen ihre Verrechnungssteuer nicht zurückgefordert haben und sie so das effektive Ergebnis verfälschen. Das erfreuliche Resultat haben wir der guten Ausgabendisziplin

und der Einhaltung der Schuldenbremse zu verdanken.

Leider kommen jetzt schon wieder Forderungen von linker Seite aber auch erstaunlicherweise vom Bundesrat selber, die Schuldenbremse aufzuweichen. Ich bin ein grosser Verfechter der Schuldenbremse und bin überzeugt, dass es der Schweiz nur wegen dieser so gut geht. Dies bestätigt auch ein Expertenbericht zur Schuldenbremse, den der Bundesrat in Auftrag gegeben hatte. Der Bundesrat hatte sich wohl ein anderes Ergebnis erhofft.

Trotz des guten Abschlusses dürfen wir nun nicht leichtsinnig werden und mehr Ausgaben fordern. Es ist immer noch wichtig, genau hinzuschauen. Es kommen noch einige teure und grosse Brocken auf uns zu, deren Finanzierung noch nicht gesichert ist. Bei der Unternehmensbesteuerung (SV17) braucht es nach der Ablehnung der Reform eine neue Lösung, welche mit Europa kompatibel ist und unsere Unternehmen nicht benachteiligt.

Auch die Altersreform muss neu aufgegleist und endgültig durchgesetzt werden.

**Das etwas andere Thema**

Welche Mutter stand nicht schon mit ihrem 5-jährigen Sohn an der Hand vor den Toilettenanlagen und hat sich gefragt, welche Türe sie nehmen soll. Die mit der Frau darauf oder halt doch die mit dem Mann, auf welche der Sohn mit aller Kraft zieht? Die Antwort können Sie erraten – die Reaktion auch.

Vielleicht haben Sie schon von meinem letzten Vorstoss gehört. Vielleicht haben Sie darüber geschmunzelt, vielleicht haben Sie sich auch darüber aufgeregt. «Haben wir keine dringenderen Probleme?» mögen Sie sich gefragt haben. Das habe ich mich auch gefragt und mich dann entschieden, dass die Politik sich auch um die kleinen Dinge kümmern muss, wenn es um eine Gesetzesänderung geht. Für eine Gesetzesänderung ist nämlich das Parlament zuständig. In diesem Fall

kann die Verwaltung nicht einfach eine veraltete Verordnung abändern. Die Einreichung des Vorstosses hat schon ein wenig Überwindung gekostet. Die Reaktionen waren ja nicht vor auszusehen. Ich war jedoch überzeugt von der Deregulierung. Mein Vorstoss fördert den Bürokratieabbau und die Eigenverantwortung – urliberale Anliegen.

Das Thema ist jedoch mit Scham behaftet. Ich rede von Toiletten. Auf die Toilette geht man, darüber redet man nicht. Während der letzten Session reichte ich eine Motion ein, die verlangt, dass Unisex-Toiletten erlaubt sein sollen. Der Staat soll nicht vorschreiben, wie Unternehmen ihre Toilettenanlagen zu gestalten haben. Unternehmen sollen selber entscheiden können. Meiner Meinung nach ist die Vorschrift für getrennte Toilettenanlagen überflüssig und zeugt von veralteten Moralvorstellungen. Ein sehr gelungenes, schönes Beispiel für moderne WCs ist das Restaurant Anker in Luzern. Da geht man auch auf die Toilette, wenn man gar nicht muss.

Meinen Vorstoss unterstützten über ein Drittel meiner Ratskolleginnen und -kollegen von links bis rechts. Wahrscheinlich war jeder froh, dass sich endlich einmal einer des ungewöhnlichen Themas annimmt. Es besteht nämlich das Risiko, ausgelacht und angegriffen zu werden. Wie es auch tatsächlich geschehen ist. Ich erhielt einige wütende Mails und Anrufe, die meinen Vorstoss völlig daneben fanden. Andererseits erhielt ich auch positive Reaktionen von jungen Leuten und vorab auch von Frauen, die mit mir einig sind, dass getrennte Anlagen nicht vor sexueller Belästigung schützen.

Offene Anlagen schützen durch ihre Einsichtigkeit und Zugänglichkeit sogar besser als herkömmliche getrennte WC-Anlagen. Mit Unisex-Toiletten geraten auch intersexuelle Personen und Eltern mit ihren gegengeschlechtlichen Kindern nicht in ein Dilemma, welche Toilette sie nun benutzen müssen. Und die kleine Kinderwelt des obengenannten 5-Jährigen bleibt in Ordnung.